

Heimatvertriebene und Aussiedler werden in Nordrhein-Westfalen wieder wahrgenommen



v.l.n.r.: Parlamentarischer Staatssekretär Dr. Peter Paziorek, Armin Laschet, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen, Jochen-Konrad Fromme, Vorsitzender der Gruppe der Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler, Reinhard Grindel

Über die Politik der unionsgeführten Landesregierung in Nordrhein-Westfalen für die Heimatvertriebenen und Spätaussiedler seit dem Regierungswechsel im Mai 2005 sprach die Gruppe der Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler der CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit dem zuständigen Minister Armin Laschet. Dabei wurde deutlich, dass die neue Landesregierung den Heimatvertriebenen und Ihren Organisationen nach 39 Jahren SPD-Regierung endlich wieder einen Stellenwert einräumt, was auch in der Kulturförderung nach § 96 Bundesvertriebe-

nengesetz seinen Ausdruck findet. Der Minister stellte in der Sitzung ferner seine konzeptionellen Überlegungen für das Aufnahmelager Unna-Massen vor, das trotz zurückgehender Spätaussiedlerzahlen erhalten bleiben soll. Diskutiert wurde auch über die laufenden Arbeiten am nationalen Integrationsplan. Die Abgeordneten warben für eine Unterstützung des Landes NRW für ein „Zentrum gegen Vertreibungen“ in Berlin und für eine stärkere Behandlung der Vertreibungsgeschichte im Schulunterricht.

INHALT

SEITE 2
VERBESSERUNGEN BEI DER ANERKENNUNG UND NACHHOLUNG VON QUALIFIKATIONSBESTANDTEILEN NOTWENDIG

Jochen-Konrad Fromme

SEITE 4
„ZENTRUM GEGEN VERTREIBUNGEN“ IN BERLIN JETZT UMSETZEN

Stephan Mayer

SEITE 5
MIT BEENDIGUNG DER HEIMKEHRERSTIFTUNG OFFENE FRAGEN IM KRIEGSFOLGENRECHT UND SED-UNRECHT LÖSEN

Jochen-Konrad Fromme

SEITE 6
DIE DEMOKRATIE VERGISST IHRE VORKÄMPFER NICHT

Arnold Vaatz

Verbesserungen bei der Anerkennung und Nachholung von Qualifikationsbestandteilen notwendig

Jochen-Konrad Fromme zum Migrationsbericht der OECD und zu Problemen bei der Arbeitsmarktintegration

Bei den Ausländern, insbesondere bei den nach Deutschland kommenden deutschen Spätaussiedlern und bei den jüdischen Zuwanderern aus den Nachfolgestaaten der Sowjetunion existiert ein erhebliches akademisches Potential, das zum Wohle einer gelungenen Integration in unsere Gesellschaft besser genutzt werden muss als bisher.

Sehr häufig finden vor allem deutsche Spätaussiedler und jüdische Migranten aus den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion keine ihrer Qualifikation angemessene Beschäftigung. Gründe hierfür sind nach wie vor bestehende Schwierigkeiten bei der Anerkennung von Studien- und Examensleistungen und verbesserungswürdige Angebote im Bereich der Weiterqualifizierung. Neben dem Bund müssen vor allem auch die Bundesländer mit ihrer Verantwortung für die Hochschulpolitik ihre Anstrengungen erhöhen.

Schwierigkeiten bereiten aber auch seit vielen Jahren die Landesorganisationen, die die berufliche Anerkennung der im Ausland erworbenen Studien- und Examensleistungen verweigern. Der Hinweis des OECD-Berichts, die bereits nach Deutschland zugewanderten Menschen stärker zu fördern, wird von CDU und CSU deutlich unterstützt. Im Bereich der „nachholenden Integration“ sehen wir einen wichtigen Schwerpunkt für gelungene Integrationsarbeit. Im Positionspapier der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zum nationalen Integrationsplan unter der Überschrift „Identität und Weltoffenheit sichern – Integration

fordern und fördern“ werden wichtige Ansätze für eine Verbesserung für die Zuwanderer mit akademischem Hintergrund in den Arbeitsmarkt geliefert: Wir fordern:

- eine gezielte Studienberatung für Studierende mit Migrationshintergrund,
- den Ausbau von Sprachförderangeboten an den Hochschulen,
- die Intensivierung der Beratungsarbeit der Sprachförderung der Otto-Benecke-Stiftung für Aussiedler, Kontingentflüchtlinge und Asylberechtigte mit Studienberechtigung oder akademischer Ausbildung,
- die Verbesserung der Transparenz bei den Anerkennungsverfahren für Bildungs- und Berufsabschlüsse,
- die Verbesserung der Möglichkeiten zur Nachholung fehlender Qualifikationsbestandteile.

Gerade für den Ausbau der Möglichkeiten, fehlende Qualifikationsbestandteile nachzuholen, muss gelten, dass die Nachholung einzelner Bestandteile der Ausbildung der zu uns gekommenen Menschen sinnvoller und wirtschaftlich effizienter ist als aufwendige Umschulungen.



Kritik an EU-Parlamentspräsident Pöttering wegen Rede am „Tag der Heimat“ zurückgewiesen

OMV-Bundesvorsitzender Helmut Sauer kritisiert Äußerungen von zwei polnischen Europaabgeordneten

Erneut unternehmen polnische Politiker den Versuch, sich durch Angriffe gegen die Anliegen der deutschen Vertriebenen zu profilieren.

Am vergangenen Wochenende forderte der Abgeordnete des Europaparlaments, Rogalski, die polnische Regierung auf, deutschen Eigentumsansprüchen endlich mit einem Gesetzesvorhaben entgegenzutreten, das eventuelle Rückübertragungen juristisch unmöglich machen soll. Des Weiteren kündigte der polnische EU-Parlamentarier Chruszcz an, er werde ein Amtsenthebungsverfahren für den Vorsitzenden des Europaparlaments, Pöttering, beantragen, falls dieser auf dem diesjährigen „Tag der Heimat“ des Bundes der Vertriebenen in Berlin auftrete.

Die Äußerungen der polnischen EU-Parlamentarier belegen leider allzu deutlich deren feindselige Grundstimmung gegen alle aus der Heimat vertriebenen Deutschen und stehen einer ernsthaften dauerhaften Versöhnung sowie guter Nachbarschaft zwischen Polen und Deutschen

entgegen. Erschreckend ist der Umgang mit grundrechtlich geschützten Positionen von Unionsbürgern. Dieser wird jetzt mit einem persönlichen Angriff auf den Vorsitzenden des Europäischen Parlaments verbunden. Dem Parlamentspräsidenten soll offensichtlich ein Redeverbot erteilt werden. Damit wird eine

neue, unwürdige Qualität im gegenseitigen Umgang miteinander erreicht. Eine solche Politik ist in keiner Weise europatauglich. Die Äußerungen der Europa-Parlamentarier Rogalski und Chruszcz werden daher zurückgewiesen.



Fromme: „Die Studie zur Arbeitsmarktintegration von Spätaussiedlern muss überarbeitet werden“

Autoren der Studie zur Arbeitsmarktintegration von Spätaussiedlern in der Arbeitsgruppe der Unions-Fraktion



v.l.n.r.: Dr. Rüdiger Wapler (IAB), Dr. Holger Seibert (IAB), Adolf Braun, Landsmannschaft der Deutschen aus Russland (LMR), Jochen-Konrad Fromme, Thomas Helm, Lilli Bischoff (LMR), Dr. Daniel Dorsch (LMR), Dr. Heinrich Neugebauer (LMR), Andrea-Brück-Klingberg (IAB), Dr. Carola Burkert (IAB)

Die Veröffentlichung einer Studie des zur Bundesagentur für Arbeit gehörenden Instituts für Arbeitsmarkt und Berufsforschung (IAB) über die Arbeitsmarktintegration von Spätaussiedlern hat in der Öffentlichkeit für Aufsehen und bei den Betroffenen für Kritik gesorgt. Die Autoren, die zu dem Schluss gekommen waren, dass diejenigen Spätaussiedler, die im Zeitraum zwischen 2001 und 2004 nach Deutschland gekommen sind, schlechter in den Arbeitsmarkt integriert sind als Ausländer, stellten sich am 19. Juni 2007 der Diskussion in der Gruppe der

Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Besonders die Methodik der Studie, in der rund 650.000 Spätaussiedler mit ca. 9,4 Mio. Ausländern verglichen wurden, stieß auf Kritik, da bei den Ausländern, auch Mehrfachzählungen, Saisonarbeiter und Grenzgänger berücksichtigt worden sind. Da die Studie aber auch auf wichtige Problemzusammenhänge besonders bei Spätaussiedlern mit akademischer Ausbildung hinweist, wurde eine methodische Überarbeitung und Neuveröffentlichung gefordert.

Unterstützungszusagen aus Bayern und Hessen für „Zentrum gegen Vertreibungen“ beispielgebend

Jochen-Konrad Fromme lobt die Zusagen von Roland Koch und Edmund Stoiber beim Sudetendeutschen Tag

Ein deutliches und wichtiges Signal zur Unterstützung für das im Koalitionsvertrag vereinbarte „sichtbare Zeichen“ für die Opfer der Vertreibung setzten die Ministerpräsidenten Edmund Stoiber und Roland Koch im Rahmen des Sudetendeutschen Tages.

Beide kündigten in Ihren Reden eine finanzielle Beteiligung an dem Projekt an, für dessen Verwirklichung als „Zentrum gegen Vertreibungen“ CDU und CSU seit fast sieben Jahren eintreten. Roland Koch kündigte dabei an, Hessen werde als erstes Bundesland eine Patenschaft für das Projekt übernehmen.

Die Zusagen aus Hessen und Bayern kommen zum rechten Zeitpunkt, denn dadurch wird deutlich, dass ein „Zentrum gegen Vertreibungen“ im gesamtdeutschen Interesse liegt und die Erinnerung an das Unrecht der Vertreibung als Teil unserer Erinnerungskultur eine Aufgabe ist, die sich

an Bund und Länder gemeinsam richtet.

Die Zusagen von Edmund Stoiber und Roland Koch sind beispielgebend für alle Bundesländer, die damit aufgerufen sind, sich in gleicher Weise unterstützend zu dem Projekt zu erklären.

Mit dem im Koalitionsvertrag vereinbarten „sichtbaren Zeichen“ für die Opfer der Vertreibung beabsichtigen CDU und CSU die Vertreibungen in Europa im 20. Jahrhundert aufzuarbeiten, zu dokumentieren und zu präsentieren. Schwerpunkt soll dabei die Vertreibung der Deutschen sein.

Neben Präsentation und Dokumentation soll die Einrichtung selbst Forschung anregen, ein Ort der Begegnung und des lebendigen Gedenkens sein. Die Einrichtung soll einen Beitrag leisten, Vertreibungen in Gegenwart und Zukunft weltweit dauerhaft zu ächten.

Chancen schaffen und Chancen nutzen

Hessen Gastgeberland beim Bundestreffen der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland

„Flucht und Vertreibung sind Ereignisse, die tief in das Leben der Betroffenen eingreifen. Diese bittere Erfahrung machten auch Millionen von Deutschen, die am Ende der Zweiten Weltkrieges und in den ersten Friedensjahren ihre Heimat verlassen mussten“, sagte die Hessische Sozialministerin Silke Lautenschläger anlässlich des 29. Bundestreffens der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland in Wiesbaden. Das diesjährige Treffen steht unter der Schirmherrschaft des Ministerpräsidenten Roland Koch. „Es sei erfreulich, dass nach 17 Jahren das Bundestreffen wieder in Wiesbaden stattfindet“, so die Ministerin.

Seit dem Abschluss der so genannten Vertreibungsmaßnahmen 1950 sind über 4 Millionen Deutsche und Familienzugehörige als Aussiedler aus den Vertreibungsgebieten in die Bundesrepublik Deutschland gekommen. Hiervon kamen 2,2 Millionen Aussiedler aus der ehemaligen Sowjetunion. Nach Hessen sind seit 1979 über 263.000 Aussiedler gekommen, davon rund 178.000 aus der ehemaligen Sowjetunion.

Die Integrationspolitik bildet seit 1999 einen politischen Schwerpunkt in der Arbeit der Hessischen Landesregierung. „Wir haben dieses große Themenfeld als Querschnittsaufgabe etabliert und Strukturen geschaffen, die eine zentrale und ganzheitliche Wahrnehmung der integrationspolitischen Aufgaben sicherstellen. Ein wichtiger Punkt dieser Integrationspolitik war die Schaffung der Funktion des Landesbeauftragten für Heimatvertriebene und Spätaussiedler, Rudolf Friedrich. Er vertritt die Interessen der Heimatvertriebenen und Spätaussiedler, intensiviert,

koordiniert und bündelt die Eingliederung der Spätaussiedler in die Gesellschaft“, so die Ministerin. Auch bundesweit habe Hessen Maßstäbe gesetzt. So habe die Hessische Fördereinrichtung für junge Zugewanderte in Hasselroth deutschlandweiten Modellcharakter. In zwei Schulformen erhalten rund 170 Schüler die Möglichkeit einen Schulabschluss zu machen. Besonders erfolgreich seien die Sonderlehrgänge zum Erlangen der Hochschulreife. „Wir wollen diese Jugendlichen fördern und sie dabei unterstützen, ihr Potenzial auszuschöpfen. Das ist gut für die Deutschen aus Russland und das ist auch gut für Hessen“, machte Lautenschläger deutlich. Die Einrichtung wurde eigens zur Förderung junger Spätaussiedler begründet und ist später für andere Zuwanderer geöffnet worden.

Mit dem im März 2000 beschlossenen Integrationskonzept hat die Hessische Landesregierung die Grundlagen für die Integrationsarbeit gelegt. „Die wesentlichen Weichenstellungen unserer Politik werden noch deutlicher, wenn man die hessischen Maßnahmen zur Sprachförderung betrachtet. Entscheidend für die politische, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Integration ist die Beherrschung der deutschen Sprache“, so die Ministerin. Daher bilden Sprachfördermaßnahmen für Kinder und Erwachsene den Schwerpunkt der Integrationsmaßnahmen der Landesregierung. Die Angebotspalette reicht von Alphabetisierungskursen über gezielte Sprachförderung von Kindergartenkindern bis hin zu speziellen Sprachkursen für Jugendliche und Frauen.

„Zentrum gegen Vertreibungen“ in Berlin jetzt umsetzen

Stephan Mayer, stellv. Vors. der Gruppe der Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler der CDU/CSU-Fraktion

Die Große Koalition bekennt sich im Koalitionsvertrag nachdrücklich zur gesellschaftlichen und historischen Aufarbeitung von Zwangsmigration, Flucht und Vertreibung. Daher soll in Berlin ein „sichtbares Zeichen“ gesetzt werden, um an das Unrecht von Vertreibungen zu erinnern und Vertreibung dauerhaft zu ächten. Diese Festlegung gilt es jetzt rasch umzusetzen.

An einer Konzeption wird derzeit unter Federführung des Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien gearbeitet. Dabei ist es wichtig und selbstverständlich, dass die Vertriebenen und ihre Vertreterorganisationen bei der Gestaltung des geplanten Zentrums mitwirken und mitbestimmen können. Es war seit jeher gute Praxis, bei der Errichtung eines Gedenkortes für die Opfer von Unrecht die entsprechenden Opferorganisationen maßgeblich zu beteiligen.

Die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag hat ein „Zentrum gegen Vertreibungen“ in Berlin seit langem gefordert. Wir brauchen einen öffentlichen Ort, um dem Unrecht der Vertreibung der Deutschen

und anderer Volksgruppen in angemessener Weise zu gedenken. Das Zentrum soll gleichzeitig einen Beitrag zur dauerhaften Ächtung von Vertreibungen leisten.

Eine solche Einrichtung des Gedenkens ist ohne jeden Zweifel eine staatliche Aufgabe. Dies ergibt sich schon daraus, dass rund ein Viertel der Bevölkerung unseres Landes persönlich oder familiär von Flucht, Vertreibung und Aussiedlung betroffen ist. Das

Schicksal dieser Menschen ist damit wichtiger Teil der Identität Deutschlands.



Stephan Mayer

Gespräch über Fragen der gemeinsamen Geschichte und die deutsch-tschechischen Beziehungen

Tschechiens Botschafter Rudolf Jindräk zu Gast in der Gruppe der Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler



v.l.n.r.: Klaus Hofbauer, Anita Schäfer, Jochen-Konrad Fromme, S.E. Dr. Rudolf Jindräk, außerordentlicher und bevollmächtigter Botschafter der Tschechischen Republik, Thomas Helm, Klaus Brähmig, Arthur Polzer (tschechische Botschaft)

Über die gegenwärtige Situation in den deutsch-tschechischen Beziehungen und über Fragen der gemeinsamen Geschichte sprach die Gruppe der Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler der CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit dem neuen Botschafter der Tschechischen Republik, Dr. Rudolf Jindräk. Dabei wurde lobend hervorgehoben, dass es bei den Wahlen in Tschechien im vergangenen Jahr nahezu keine Misstöne gegen Deutsche gegeben hat, wie schon bei vorangegangenen

Wahlen. Auch sei das Verhältnis frei von schrillen Ausschlägen, wie sie aus Warschau derzeit zu vernehmen sind. Die Beziehungen wurden insgesamt als gut und substanzvoll bezeichnet. Lobend erwähnt wurde, dass erstmals in diesem Jahr Regierungsbeamte der Tschechischen Republik am Sudetendeutschen Tag teilgenommen haben. Sehr eindringlich kritisierten die Abgeordneten den Fortbestand der Benes-Dekrete und des Straffreistellungsgesetzes (1946) in Tschechien.

Mit Beendigung der Heimkehrerstiftung offene Fragen im Kriegsfolgenrecht und SED-Unrecht lösen

Jochen-K. Fromme fordert im Zusammenhang mit Aufhebung der Heimkehrerstiftung Koalitionsarbeitsgruppe

Die mit dem Gesetzentwurf beabsichtigte Auflösung der Heimkehrerstiftung zum Jahresende ist aus organisatorischen Gründen und aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung richtig und unterstützenswert. Durch starke Überalterung können mit den bestehenden Strukturen die Aufgaben nicht mehr erfüllt werden. Daher ist es richtig, diese dem Bundesverwaltungsamt zu übertragen, so dass deren Fortführung zum Wohle der Kriegsheimkehrer gewährleistet ist. Die auf Initiative von CDU und CSU unlängst vom Bundestag beschlossene Ehrenpension für Opfer der SED-Diktatur und das jetzt von der Bundesregierung beschlossene Heimkehrerstiftungsaufhebungsgesetz sollten aber zum Anlass genommen werden, in einer Arbeitsgruppe der Koalition zu prüfen, in welchen Bereichen von SED-Unrecht und Kriegsfolgenrecht noch offene Fragen bestehen. Aus Sicht der Union sind noch nicht alle Fragen gelöst. Rund sechs Jahrzehnte nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges sollte im Hinblick auf eine Schlussgesetzgebung zum

Kriegsfolgenrecht im Rahmen einer Arbeitsgruppe geprüft werden, wo noch Bereiche bestehen, die der historischen Aufarbeitung und aus heutiger Betrachtung einer Lösung zugeführt werden sollten. Beispielfähig seien hier eine humanitäre Geste für die deutschen zivilen Opfer von Zwangsarbeit und Stichtagshärten im Vertriebenenwendungs-gesetz genannt. Auch im Bereich des SED-Unrechts sind menschliche Schicksale bisher unberücksichtigt geblieben. Hierzu zählen Menschen, die aufgrund von Verfolgungsmaßnahmen schwere berufliche Benachteiligungen erlitten haben, verfolgte Schüler und Zwangsausgesiedelte aus dem Bereich der ehemaligen innerdeutschen Grenze.

Es würde unser Land und unsere Demokratie auszeichnen, über die Schicksale dieser beispielhaft genannten Opfergruppen nicht einfach hinwegzugehen, sondern sich der Mühe der Aufarbeitung zu unterziehen und zu prüfen, welche Schicksale noch einer Anerkennung bedürfen.

Nach Einigung über SED-Opferpension zügig Schlussgesetzgebung angehen

Stephan Mayer zu den Verhandlungserfolgen von CDU und CSU bei der Ehrenpension für SED-Opfer

Die Union konnte in den Verhandlungen zu der geplanten SED-Opferpension wichtige Verbesserungen für die Opfer des SED-Unrechtsregimes erzielen. Empfänger von Rentenleistungen werden die Opferpension unabhängig davon erhalten, ob sie wirtschaftlich bedürftig sind. Dies wird den besonders schlimmen Haftbedingungen gerecht, unter denen die heute im Rentenalter befindlichen politischen Häftlinge in der Zeit der Sowjetischen Besatzungszone und in den ersten Jahren der DDR zu leiden hatten. Zudem wurde das Ziel eines unbürokratischen Verfahrens erreicht, indem eine einmalige Antragstellung ausreicht. Ich bin froh, dass mit der Einführung der SED-Opferpension eine langjährige Forderung der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag

nun umgesetzt werden kann. Die Opferpension ist auch ein wichtiges Zeichen der Anerkennung für diejenigen, die sich gegen das SED-Unrechtsregime und für Freiheit und Demokratie eingesetzt haben.

Trotz dieses wichtigen Schritts gibt es noch ungelöste soziale Fragen im Bereich des SED-Unrechts wie auch des Kriegsfolgenrechts, so die Fragen der Entschädigung ehemaliger deutscher Zwangsarbeiter oder der in den Vertreibungsgebieten aus politischen Gründen inhaftierten Deutschen. Es ist an der Zeit, diese und die weiteren noch offenen Punkte aufzugreifen und zu einer Abschlussgesetzgebung zu führen. Die von der Union vorgeschlagene Gründung einer Koalitionsarbeitsgruppe ist hierfür der richtige Weg.

„Die Demokratie vergisst ihre Vorkämpfer nicht“

Auszüge aus der Rede von Arnold Vaatz (CDU/CSU) in der Debatte über die „Opferpension“ am 13. Juni 2007

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will nicht versäumen, die Repräsentanten der Opferverbände, die unserer heutigen Sitzung beiwohnen, sehr herzlich zu begrüßen, und ich rufe ihnen zu: Ohne Sie hätten wir das wahrscheinlich nicht geschafft! [...]

Lassen Sie mich mit einem kurzen Verweis auf ein persönliches Schicksal beginnen. Am 8. März dieses Jahres hatte ich den letzten Besuch eines Mannes in meinem Büro, den ich über die Jahre überaus schätzen gelernt habe, von Hermann Kreutzer, vielen von Ihnen sicherlich gut bekannt. Hermann Kreutzer war elf Jahre seines Lebens im Gefängnis, das erste Mal als 17-Jähriger bei Hitler für vier Jahre und anschließend sieben Jahre zur Zeit der SBZ bzw. der DDR. Danach war er lange Zeit als Bevollmächtigter der Bundesregierung für Berlin tätig. Hermann Kreutzer ist am 28. März dieses Jahres gestorben. Ich bin betroffen, dass er den heutigen Tag nicht mehr erleben konnte und ebenso wie viele, denen es genauso ergangen ist, möglicherweise in dem Bewusstsein gestorben ist, dass die Demokratie der Bundesrepublik Deutschland offenbar nicht in der Lage ist, ihre Vorkämpfer so zu würdigen, wie sie es verdienen. Das sollte man am heutigen Tag zur Kenntnis nehmen.

Ich nenne diesen Namen stellvertretend für die vielen, gegenüber deren Schicksal ich als Demokrat eine gewisse Scham empfinde, weil wir tatsächlich 17 Jahre gebraucht haben. Meines Erachtens kommt es bei dem heute zu beschließenden Gesetz nicht vordergründig auf den materiellen Nutzen an, den der Einzelne davon hat. Vielmehr geben wir damit eines der wichtigsten Signale, das die Demokratie geben muss, nämlich dass sie zwischen denjenigen zu unterscheiden versteht, die antidemokratische Zustände installieren, festigen und sichern, und denjenigen, die sich aus einer inneren Kraft heraus dagegen auflehnen. Wir können als Bundesrepublik Deutschland nicht damit leben, einge-

stehen zu müssen, dass die Besitzstände, die einmal unter Missachtung von Demokratie, Menschenrechten und Gewaltenteilung zustande gekommen sind, nahezu unverändert von einer Demokratie übernommen werden und die Zerstörungen, die in ebendieser Phase angerichtet worden sind, ebenso unrepariert fortleben. Das darf nicht sein.

Ich glaube, wir werden heute das äußerst wichtige Signal setzen: Die Demokratie vergisst ihre Vorkämpfer nicht.

Die symbolische Nähe zum 17. Juni ist sehr gut; denn der 17. Juni steht für das erste große Aufbegehren in Ostdeutschland. Die Menschen, die damals für Demokratie eingetreten sind, haben alles – ihre körperliche Unversehrtheit, Gesundheit, berufliche Perspektive, den Rest Freiheit, den sie in der DDR noch hatten – riskiert, manche sogar ihr Leben. [...] Ich möchte noch auf einen Punkt hinweisen. Als wir in der Opposition waren, wurde zu unserer Forderung nach Opferrenten viele Jahre lang das Argument vorgebracht: Wartet mal ab, bis ihr regiert. Wenn ihr selber die Opferrenten einführen könnt, dann werden irgendwelche finanziellen Bedenken vorgeschoben, und es geht wieder nicht. – Deshalb haben wir uns, insbesondere meine Kollegen aus Ostdeutschland in der CDU, während der Oppositionszeit vorgenommen, dieses Vorhaben wirklich durchzusetzen. Ich bin Ihnen – insbesondere einer Reihe von Kollegen der SPD aus Ostdeutschland, durch deren Kompromissfähigkeit wir uns nach und nach einigen konnten – außerordentlich dankbar, dass wir diesen Gesetzentwurf innerhalb der Großen Koalition erarbeiten und zur Abstimmung vorlegen konnten.



Arnold Vaatz

Hessen unterstützt „sichtbares Zeichen“ in Berlin und übernimmt Patenschaft bei der Stiftung

Ministerpräsident Koch sprach auf dem „Tag der Vertriebenen“ im Rahmen des Hessentages 2007 in Butzbach



Volkstumsnachmittag am „Tag der Vertriebenen“ im Rahmen des Hessentages 2007. v.l.n.r.: Hessens Sozialministerin Silke Lautenschläger, Rudolf Friedrich, Beauftragter der hessischen Landesregierung für Vertriebene und Spätaussiedler, Roland Koch, Ministerpräsident von Hessen

Auch in diesem Jahr fand am 9. Juni im Rahmen des Hessentages ein „Tag der Vertriebenen“ statt, der vom hessischen Landesverband des Bundes der Vertriebenen organisiert wurde.

Der „Tag der Vertriebenen“ endete traditionell mit dem Volkstumsnachmittag des Bundes der Vertriebenen. Auch in diesem Jahr sprach Ministerpräsident Roland Koch zu den Besuchern im überfüllten Bürgerhaus in Butzbach. Er ging auf die Geschichte des Hessentages ein und freute sich, dass der Bund der Vertriebenen beim Hessentag einen sichtbaren Platz habe. Es sei überhaupt wichtig, dass die Organisatio-

nen der Vertriebenen wieder öffentlich gesehen werden. „Ich werde alles in meinen Kräften stehende tun, um auch in Zukunft ein Schutzschild für die Heimatvertriebenen zu sein“, so der Ministerpräsident. Zum Thema „Zentrum gegen Vertreibungen“ erklärte er, dass diese Gedenkstätte gegen Vertreibungen in unserer nationalen Hauptstadt Berlin errichtet werden müsse. Hessen werde das erste Bundesland sein, das eine Patenschaft für die Stiftung „Zentrum gegen Vertreibungen“ übernehmen werde. Dass der bayerische Ministerpräsident jetzt dem hessischen Beispiel gefolgt sei, könne er nur begrüßen.

NRW: Künftige Journalisten sprechen mit Aussiedlern

Das Bild der Russlanddeutschen in den Medien war Gegenstand des Werkstattgesprächs, "Öffentlichkeitsarbeit von Verbänden und Organisationen der Russlanddeutschen", auf der erstmals rund 70 angehende Journalisten und Vertreter russlanddeutscher Organisationen zusammentrafen. Initiatoren dieser Tagung, die in Gelsenkirchen stattfand, waren der Integrationsbeauftragte der Landesregierung und Vorsitzende des Landesbeirates für Vertriebenen-, Flüchtlings- und Spätaussiedlerfragen, Thomas Kufen, und Professorin Dr. Reinhild Rumphorst, stellv. Leiterin des Instituts für Journalismus und Public Relations der Fachhochschule Gelsenkirchen. Die Tagung richtete sich an Mitarbeiter für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit in den Organisationen der Spätaussiedler. In seiner Begrüßung unterstrich der Integrationsbeauftragte, die Bedeutung für Russlanddeutsche und Einheimische gleichermaßen, „voneinander Kenntnis zu nehmen“. "Der Landesbeirat macht in seiner Arbeit die Erfahrung, dass Vorurteile und mangelnde Kenntnisse über die Russlanddeutschen oft ihr Bild in der hiesigen Öffentlichkeit bestimmen.

Startschuss für Projekt Sudetendeutsches Museum

An sieben hervorragende Persönlichkeiten verlieh Bayerns Sozialministerin Christa Stewens in Augsburg die Sudetendeutschen Kulturpreise: Die Ministerin gratulierte den „Preisträgern, die Deutschland bereichern und die kulturelle Identität der Sudetendeutschen bekräftigen“.

„Mit Bayern sind die Sudetendeutschen stark. Hier leben ihre Landsleute konzentriert wie nirgendwo sonst. Keine andere Volksgruppe verfügt über eine vergleichbare Verankerung ihrer Belange in der Politik eines Landes. Der Freistaat Bayern hat sich vor 20 Jahren maßgeblich an der Errichtung des Sudetendeutschen Hauses beteiligt. Dort hat nicht nur die Sudetendeutsche Stiftung ihren Sitz, sondern auch die umfassendste Fachbibliothek außerhalb Böhmens und Mährens. Das ebenfalls dort befindliche Collegium Carolinum ist die namhafteste Forschungseinrichtung für die böhmischen Länder in Deutschland. Darüber hinaus soll in München das wichtigste Museum über die Heimat der Sudetendeutschen entstehen. Das Sozialministerium hat 300.000 Euro für die Erarbeitung einer Konzeption bereitgestellt und damit den Startschuss für das Museumsprojekt gegeben“, betonte Stewens.

Bundesverdienstkreuz für Erwin Marschewski

Aus den Händen von Bundespräsident Prof. Dr. Horst Köhler erhielt Erwin Marschewski am 21. Juni 2007 das Bundesverdienstkreuz am Bande. Damit wurde der Einsatz des Recklinghäuser Politikers, der familiäre Wurzeln im Ermland hat, auch für die Vertriebenen gewürdigt. Erwin Marschewski gehörte dem Deutschen Bundestag von 1983 bis 2005 an. In dieser Zeit war er allein 12 Jahre innenpolitischer Spre-

cher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Durch sein Mitwirken kam der historische Asylkompromiss mit einer Neufassung von Art. 16a Grundgesetz und 2005 das Zuwanderungsgesetz zustande. In der 15. Wahlperiode war Marschewski Vorsitzender der Arbeitsgruppe „Vertriebene und Flüchtlinge“ der CDU/CSU-Fraktion.



Vertreibungsgeschichte im Schulunterricht in NRW

"Wir müssen die Integrationsleistungen der Vertriebenen besser würdigen und Flucht und Vertreibung stärker als Gegenwartsproblem aufgreifen." Das betonte Horst Westkämper, Beauftragter für Heimatvertriebene und Spätaussiedler der CDU-Landtagsfraktion, im Plenum des Düsseldorfer Landtags zu einem entsprechenden Antrag von CDU und FDP.

Westkämper: "Nach den Verbrechen des Nationalsozialismus sind mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges rund 15 Millionen Deutsche aus ihrer Heimat vertrieben worden. Die Vertriebenen haben nach dem Zweiten Weltkrieg in Deutschland und insbesondere auch in Nordrhein-Westfalen eine neue Heimat gefunden. Sie haben tatkräftig mitgeholfen, unser Land wiederaufzubauen und Nordrhein-Westfalen wirtschaftlich und kulturell bereichert und geprägt."

Ein Viertel der nordrhein-westfälischen Bevölkerung habe heute seine Wurzeln in der Heimat der Vertriebenen. Zugleich sei jedoch festzustellen, dass die Erlebnisgeneration von Flucht und Vertreibung altersbedingt immer weniger vertreten ist.

Westkämper: "Durch lebendige Erinnerungskultur wird Zukunft gestaltet. In unserem Antrag fordern wir die Landesregierung dazu auf, eine Lehrerhandreichung zum Themenkomplex Flucht und Vertreibung erstellen. Hierbei sollten die beispielgebenden Erfahrungen anderer Bundesländer (z. B. Baden-Württemberg, Bayern und Hessen) berücksichtigt und gemeinsam ausgebaut werden.

Wichtig ist auch, die Themen Flucht und Vertreibung über die Schule hinaus auch in den entsprechenden Institutionen der Erwachsenenbildung und im Angebot der Landeszentrale für politische Bildung verstärkt zu berücksichtigen. Außerdem gilt es, Schulen zu ermutigen, lokal bestehende Kontakte mit Zeitzeugen im Rahmen von Vorträgen, Gesprächen und Workshops zu nutzen. Die Einrichtungen und Museen nach § 96 BVFG gilt es, stärker als bisher als außerschulische Lernorte zu begreifen.

Bernd Neumann gratuliert Dr. Hans Walter Hütter

Das Kuratorium der Stiftung Haus der Geschichte (HdG) hat beschlossen, den bisherigen kommissarischen Leiter des Hauses zum neuen Präsidenten zu bestellen. Dr. Hütter folgt damit Prof. Dr. Hermann Schäfer, der im Frühjahr 2006 als Abteilungsleiter zum Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) wechselte.

Hans Walter Hütter wurde 1954 in Rheydt/Nordrhein-Westfalen geboren. Er studierte an der Universität Düsseldorf Geschichtswissenschaft, Klassische Philologie und Erziehungswissenschaft. Kulturstaatsminister Bernd Neumann erklärte: "Ich begrüße die Entscheidung des Kuratoriums, mit Hans Walter Hütter bekommt die Stiftung Haus der Geschichte eine souveräne und kompetente Persönlichkeit zum Präsidenten. Er kennt das Haus der Geschichte wie kein Zweiter. Ich freue mich auf eine enge Zusammenarbeit."

IMPRESSUM

Herausgeber:	Dr. Norbert Röttgen MdB Hartmut Koschyk MdB Parlamentarische Geschäftsführer Jochen-Konrad Fromme MdB
Redaktion:	Thomas Helm (verantwortlich) Martin Kreienbaum
Sekretariat: Kontakt:	Ines Roehm Gruppe der Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler
Anschrift:	Platz der Republik 1 11011 Berlin Telefon (0 30) 2 27-55364 Telefax (0 30) 2 27-56154